

Ercheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
 die Expedition, Hohe Str. 4.  
 H. Bebel, Petersstr. 18.  
 F. Tzielle, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:  
 für Preußen incl. Stempelposten 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.  
 Filialerpedition für die vereinigten Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

### Parteienoffen!

Es ist notwendig, daß auf dem Mainzer Kongreß alle Orte vertreten seien.

Deshalb fordern wir die Parteienoffen dringend auf, an jedem Orte einen Delegierten zu wählen, resp. da, wo die Zahl der Mitglieder nicht groß genug, um die Kosten der Delegation bestreiten zu können, sich mit Nachbarorten zu gemeinschaftlicher Abfindung eines Delegierten zu verbinden. Alle unsere Mitgliedschaften müssen vertreten sein, damit die Partei sich ihrer Zahl bewusst werde und Herrschaft halten kann über ihre Anhänger.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
 Der Ausschuß.

### Anträge zum Kongreß.

Anträge von J. Kräter in Breslau. Der Kongreß wolle beschließen:

1. Die Redaktion des Parteiorgans ist verpflichtet, ohne Zurücksetzung der „Politischen Uebersicht“, monatlich vier den Zeitverhältnissen entsprechende Leitartikel zu veröffentlichen.
2. Parteienoffen, welche Filialerpeditionen für das Parteiorgan oder Schriften verwalten, sind verpflichtet, bei dieser Verwaltung die einfache Buchführung — Glanbe, Kassa- und Hauptbuch — inne zu halten. Den Preiszuschlag für Porto und andre Auslagen, sowie das etwaige Honorar für diese Verwaltung bleibt den Parteienoffen an jedem einzelnen Orte zu bestimmen überlassen.
3. Alle Abrechnungen über Gelder an den Parteikassierer, an die Expedition des Parteiorgans und über sonstige im Interesse der Partei verwalteten Gelder müssen von den Ortsrevisoren unterzeichnet sein.
4. Die Vertrauensmänner, resp. Vereinsvorstände der Partei sind verpflichtet, zur Beratung der Kongreßanträge mindestens zwei Partei- resp. Vereinsversammlungen zu veranstalten. Diese Versammlungen müssen so eingerichtet sein, daß die etwaigen Anträge noch rechtzeitig an den Parteiausschuß behufs Veröffentlichung eingefendet werden können.

Antrag der Breslauer Parteienoffen:

Der Kongreß wolle folgendem Organisationsentwurf seine Zustimmung geben.

A. Sitz der Partei. § 1 wie bisher.  
 B. Beitragspflicht der Mitglieder. § 2, 3 und 4 wie bisher.

C. Kongresse und Parteibehörden.

§ V. Die Formulierung der Parteigrundsätze und die Bestimmungen über Organisation und Agitation liegen dem alljährlich zusammentretenden Parteikongresse mit dem Vorbehalt der Urabstimmung ob.

§ VI. Die Parteigeschäfte leitet ein Parteiausschuß von fünf Personen.

§ VII. Die Thätigkeit des Ausschusses wird überwacht durch eine aus 11 Mitgliedern bestehende Kontrollkommission.

§ VIII. Die Kongresse bestimmen den Vorort der Partei, den Sitz der Kontrollkommission und den Ort für den nächsten Parteikongreß. Sie wählen ferner den Parteisekretär und entscheiden über die Höhe seines Gehaltes sowie über etwaige weitere an Parteibeamte zu zahlende Entschädigungen.

§ IX. (wie der bisherige § 7.)

§ X. (wie der bisherige § 9.)

§ XI. Für die Ausführung der in den §§ 9 und 10 enthaltenen Bestimmungen ist der jeweilige Ausschuß verantwortlich.

§ XII. Jeder Delegierte hat eine Stimme. Parteienmitgliedschaften unter 500 Mitglieder dürfen nicht mehr als 2 stimmberechtigte Abgeordnete zum Kongreß senden. Je 250 weitere Mitglieder können sich mit je einem Delegierten an demselben beteiligen. Die Mitglieder des Parteiausschusses, des Bureau's, der Kontrollkommission oder bis 3 andere von ihr beauftragte Mitglieder und der erste Redakteur des Parteiorgans nehmen, auch ohne im Besitze eines Mandates zu sein, vollberechtigt an den Verhandlungen teil. Parteimitglieder, welche nicht Delegierte sind, haben nur beratende Stimme.

§ XIII. Der Parteiausschuß besteht aus 1 Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Sekretär, einem Kassierer, (der eine entsprechende Kaution zu leisten hat, und einem Beisitzer. (Sons wie der Hamburger Antrag zum bisherigen § 10.)

§ XIV. wie der Hamburger Zusatzantrag zum bisherigen § 6.)

§ XV. (wie der bisherige § 11.)

§ XVI. (und XVII wie der bisherige § 12.)

§ XVIII. (wie der bisherige § 13.)

§ XIX. (wie der bisherige § 14.)

§ XX. (wie der bisherige § 15.)

§ XXI. (wie der bisherige § 16.)

D. Lokale Organisation.

§ XXII. Die Führung der Parteigeschäfte in den einzelnen Orten, in denen die Partei Mitglieder zählt, liegt den Vertrauensmännern ob. Dieselben sind alljährlich und zwar drei Wochen nach stattgehabtem Parteikongreß vom Ausschusse zu ernennen und können durch denselben bei nicht pünktlicher Erfüllung ihrer Pflichten von ihrem Amte suspendiert werden.

Der Suspension hat unmittelbar die Bestallung eines provisorischen Vertrauensmannes zu folgen, dessen Amtshätigkeit bis zur endgiltigen Erledigung der Angelegenheit durch die Kontrollkommission dauert, und der alsdann durch einen definitiven Beamten zu ersetzen ist. Das Urtheil der Kontrollkommission ist auszugswiese im Parteiorgane zu veröffentlichen.

§ XXIII. Die Vertrauensmänner haben die Pflicht, für die strenge Ausführung der Parteibeschlüsse und der Aufträge des Ausschusses zu sorgen und allmonatlich Berichte über die agitatorische Thätigkeit der Partei und deren Erfolge an ihrem Wohnorte an den Ausschuß zu senden, welche durch denselben gesammelt und vierteljährlich auszugswiese im Parteiorgane veröffentlicht werden müssen.

§ XXIV. Jedem neuen Ausschusse sind binnen 14 Tagen nach seinem Amtsantritte die Namen und die Adressen der amtierenden Vertrauensmänner durch dieselben und die Vorschläge der Mitglieder für die Neuwahl einzusenden. Orte, welche die Erfüllung dieser Bestimmung versäumen, sind im Parteiorgane an dieselbe zu erinnern.

§ XXV. (wie der bisherige § 19.)

\* E. Das Parteiorgan. § XXVI. (wie der bisherige § 17.)

§ XXVII. Die Redaktion und die Expedition des Organs sind für alle Maßnahmen dem Ausschusse, der Kontrollkommission und dem Parteikongresse verantwortlich und haben ihren Beschlüssen, eventuell nach erfolgtem Instanzenrecurs, unbedingt Folge zu leisten.

§ XXVIII. (wie der Hamburger Antrag zu dem bisherigen § 18.)

Die Wiesbadener Parteienoffen beantragen:

1. „daß in Zukunft im Parteiorgane keine Befürwortung der Unterstützung solcher streitenden Gesellschaften stattfindet, welche nicht eine gewisse Zeit vorher eine kleine Gewerkschaft gebildet haben, oder der größten Mehrzahl nach der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei angehören;“
2. „daß in das Parteiorgan (den „Volksstaat“) von den gewerkschaftlichen Berichten nur solche aufgenommen werden, welche sozial-demokratischer Natur sind; wird der „Volksstaat“ als Gewerkschaftsorgan beibehalten, so sind nur solche Berichte aufzunehmen, welche von dem Vertrauensmann mit unterschrieben sind; ausgenommen hiervon sind die Berichte über Gründung von Unionsgewerkschaften.“

Anträge der Münchener Parteienoffen\*):

1. Der Kongreß wolle die Redaktion des Parteiorgans verpflichten, an die Spitze jeder einzelnen Nummer einen je nach Möglichkeit größern oder kleinern Leitartikel nach streng sozialistischen Grundsätzen gleichviel aus welchem Gebiete in belehrender Form zu setzen;

ferner

daß das Parteiorgan zu Anfang jedes Quartals außer der Bekanntgabe des Programms und der Statuten auch noch in gedrängter Kürze eine Erläuterung der einzelnen Punkte des Programms zu geben habe.

2. Der Kongreß möge nach dem Antrage Bebel's zum vor. Kongreß den Namen der Partei in „sozial-demokratische Partei“ abändern.

Motive nach Bebel.

3. Der Kongreß möge erklären, daß es den Parteimitgliedern obliegt, mit den bestehenden religiösen Vorurtheilen zu brechen, was nur durch Austritt aus den bestehenden Religionsgenossenschaften faktisch constatirt werden könne.

4. Der Kongreß möge beschließen resp. dafür Sorge tragen, daß nach Ablauf eines jeden Quartals im „Volksstaat“ durch den Parteiausschuß bekannt gemacht wird

- a) die Zahl sämtlicher Parteimitglieder an den einzelnen Orten,
- b) in wie weit sich durch die Agitation im verflossenen Quartal die Mitgliedschaft erweitert hat.

5. Die Aufgabe jeder Parteimitgliedschaft muß es sein, ein statistisches Bureau an ihrem Orte zu begründen und stetig zu erhalten.

Franz Schneider, Kleffinger, Vertrauensmann Schriftführer der betref. Versammlung.

Fernere Anträge der Münchener Parteienoffen: Der Kongreß möge beschließen:

1. Eine Anleihe von 1000 Thln. zum Zwecke der unmittelbaren Agitation in der Weise der „Volksstaat“-Anleihe vom vorigen Jahre von den Parteimitgliedern aufzunehmen.
2. daß dem Parteiorgane allwöchentlich eine Beilage beizufügen sei, in welcher die brennenden sozialistischen Fragen in populärer, agitatorisch-wirkender Weise besprochen werden. Die Beilage möge gedruckt werden mit einem Mehr von 1/3 der Auflage des „Volksstaat“, damit sie zur Agitation zweckmäßig verwendet werden könne.

\*) Die beigefügte Motivierung der Anträge wird dem Kongreß mitgeteilt werden.

3. Das Parteiorgan wöchentlich dreimal im jetzigen Format erscheinen zu lassen, sobald die Zahl der Abonnenten kein Deficit entstehen läßt.

Anträge der Limbacher Parteienoffen:

1. Der Kongreß wolle beschließen: Gewerkschaftsberichte nicht mehr im Parteiorgane, sondern, wenn irgend möglich, die betr. Berichte, je nach Bedürfnis, in einer Beilage, zu bringen.
2. Die Unterstützung der Gemäßigten soll nur durch den Ausschuß stattfinden, demzufolge die Parteienoffen verpflichtet sind, die zu diesem Zwecke gesammelten Beiträge unter allen Umständen an den Ausschuß einzusenden.
3. Der Kongreß wolle beschließen: das Programm der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in solcher Masse drucken zu lassen, daß es den verschiedenen Orten auf Verlangen sehr billig zugestellt werden kann, um dasselbe bei Volksversammlungen jedem Besucher, als Agitationsmittel, einhändigen zu können.
4. Der Kongreß wolle beschließen: darauf hinzuwirken, daß eine Einigung mit den Mitgliedern des Alldeutschen Arbeiter-Bereins zu Stande kommt.

### Politische Uebersicht.

Durch die fortschrittlichen Blätter geht in der Regel beim Herannahen jeder Saison ein leiser Klagen über „die erdrückende Last des Militäretats“, um den Abonnenten eine Bürgschaft zu geben, daß auch im nächsten Quartal in der altgewohnten „Freisinnigkeit“ redigirt werden wird. Heuer ist diese Abonnementsladung etwas frühzeitig erschienen; obgleich wir erst in der Mitte des Quartals stehen, liegt man doch schon in den Blättern: „Eine recht dankenswerthe statistische Zusammenstellung der Militäretats in den europäischen Ländern ergibt als Gesamtziffer des Friedenspräsenzstands aller europäischen Heere 2,584,826 Mann. Die Kosten für diese unproductive Verwertung so collossaler Arbeitskräfte beziffern sich — als Norm den im deutschen Reich maßgebenden Satz von 225 Thaler pro Kopf gerechnet — auf jährlich eine Milliarde drei Millionen Gulden (1003,000,000).“ — Auch der Frankfurter „Arbeitgeber“ fühlt das Bedürfnis, seine Antipathie gegen „zu viel Militär“ auszusprechen; er sagt in einem Artikel der Nr. 795 „Eine Armee auf dem Friedensfuß“: „Die amerikanische Armee ist nun vollständig auf dem Friedensfuß und zählt circa 30,000 Mann. Deutschland hat bei fast gleicher Einwohnerzahl wie Amerika mehr als 13 Mal so viel Mann auf den Beinen. Die amerikanische Armee kostet schon viel Geld, aber die deutsche kostet doch noch viel mehr. Die Kosten für die amerikanische Armee betragen nämlich 32,415,473 Dollars und die Kosten für die Reichsarmee über 90 Millionen Thaler. Rechnet man, daß dieselbe per Jahr mindestens für eben so viel Werthe produciren könnte, so kommt unsere Armee auf 180 Millionen Thaler zu stehen.“ Es wird dann weiter ausgeführt, daß die amerikanische Armee vom Staat zu nützlichen Zwecken verwendet wird, wozegen die deutsche nur zu nutzlosen Exerciren, und der obligate Wunsch mit Fragezeichen ausgesprochen, daß es auch bei uns vereinst so werden möge. Ganz hübsch; nur hat der Herr Verfasser einen Fehler gemacht: denn er hat vergessen, bei seiner Berechnung das Verhältniß des Geldwerthes in Deutschland zu dem in Amerika in Anschlag zu bringen, wodurch der Contrast zwischen dem amerikanischen und deutschen Militäretat noch greller hervorgetreten wäre.

Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß man in den höheren Regionen augenblicklich an die Vermehrung der Artillerie (vorläufig, um die Munition zu fangen, bloß um 10,000 Mann) denkt und daß nach einem von der „Kölnischen Zig.“ gegebenen Resumé einer vom Statistiker Engel gemachten Zusammenstellung „die Zahl der Todten bei dem gesammten deutschen Heere während des Feldzugs von 1870/71 40,881 Mann beträgt. Davon sind im Gefecht gefallen 17,572; ihren Wunden erliegen 10,710; verunglückt 316; durch Selbstmord gestorben 30. An Krankheiten verstorben: an der Ruhr 2000, am Typhus 6965, am gastrischen Fieber 159, an den Pocken 261, an der Lungenentzündung 2,500, an anderen acuten inneren Krankheiten 521, an der Schwindstucht 529, an anderen chronischen Krankheiten 249, plötzlich 94, ohne Angabe der Krankheit (!) 556, ohne Angabe der Todesursache (!) 419 Mann. — Die Zahl der Vermißten beträgt 4000.“

Diese 4000 sind unter die 40,881 nicht mitgerechnet. Die 556, die „ohne Angabe der Krankheit“ — (nicht „verstorben“ sind, sondern — in der Engel'schen Zusammenstellung als „verstorben“ aufgeführt sind, gehören wohl in einund dieselbe Kategorie mit den 419 Mann, die „ohne Angabe der Todesursache“ in der Todtenliste stehen; es sind also 975 Mann, — d. h. unter 23 Franken je einer — um die man sich während ihres Krankseins so wenig gekümmert hat, oder auch kümmern konnte, daß nun nicht einmal zu ermitteln ist, was ihren Tod herbeigeführt hat. Das beweist, wie mangelhaft die Krankenpflege im Felde war. — Höchst unglaubwürdig erscheint es uns sodann, daß nur 30 Selbstmorde vorgefallen sein sollen; die Ziffer dürfte, wenn man die beträchtliche Zahl der Selbstmorde in Friedenszeiten dagegen

hält, unsern Verdacht rechtfertigen, daß unter den 975 sozusagen obstru Verstorbenen eine erhebliche Anzahl von Selbstmördern sich befindet, welche man aus leicht begreiflichen Gründen in jene Kategorie einrangirt hat. — Die Zahl der im Wahnsinn Verstorbenen ist in dem Resumé der „Kölnischen Ztg.“ nicht angegeben; wahrscheinlich in dem Engel'schen Werke. Woon aber die Statistik nichts berichtet — und bei ihrem heutigen Stand nichts berichten kann — das ist die Unsumme Dorer, welche anscheinend wohlbehalten aus dem Kriege zurückgekehrt, nichtsdesto weniger aber den Todeskeim sich von da mitgebracht haben, der in mehr oder minder kurzer Zeit seine naturgemäße Entwicklung vollendet.

Die Leute dieser Kategorie übertreffen an Zahl die während des Krieges Erkrankten. —

Die „Magd-burgische Ztg.“ kann sich noch immer nicht über die Vaterlandslosigkeit des Kapitals beruhigen. Unterm 16. August läßt sie sich aus Berlin schreiben: „Die Leute von der Börse erzählen, haben die hiesige Diskontobank und das Bankhaus L. Bleichröder bei der französischen Milliarden-Anleihe ein kolossales Stück Geld verdient. Man behauptet, ein paar Millionen Francs sich gut zu schreiben, sei jedes der beiden Häuser in der Lage. Noch höher beläuft sich das Geschäft, das von den verschiedenen Häusern Rothschild gemacht worden ist. Man wird des Verhaltens der deutschen Bankiers gegenüber Frankreich eingedenk bleiben, um genau darauf zu achten, von welcher Finanzpolitik sie sich leiten lassen, wenn einmal Deutschland wieder in Noth gerathen sollte. Der Himmel bewahre uns vor Krieg und sonstiger Calamität, denn voraussichtlich würde in solcher Lage abermals der kleine Kapitalist und Sparer vor die Bretschel sich zu stellen haben. Berlin allein, d. h. die beiden oben genannten Firmen, offerirte dem französischen Staat mehr, als er im Ganzen beehrte. Daß der preussische Finanzminister von den großen deutschen Häusern so gut wie Nichts bekam, als er hundert Millionen einforderte, haben wir schon neulich dargelegt und auf die Einzelverhältnisse mit offiziellen Ziffern hingewiesen. Wie ein Abgeordneter uns mittheilt, wird man in der nächsten Session des Landtags Veranlassung nehmen, den Finanzminister auf das Unthunliche früherer Praxis aufmerksam zu machen, wonach große Häuser Anleihereste zur Unterbringung erhielten. Denn während diese Häuser in kritischen Momenten sich zugewandt verhalten, drängen sie sich in ruhigen Zeiten zu Geschäften, bei denen sie den Gewinn denjenigen kleineren Kapitalisten nehmen, auf deren Opferfreudigkeit zu allen Zeiten mit Sicherheit gerechnet werden darf. Kein Geschäft mit Bankiers mehr, sondern nur noch National-subskriptionen. Dabei fährt der Staat am besten, der so viel Kredit hat, daß er der Vermittlung von Bankhäusern bei keinem Anlaß bedarf.“

Der Appetit kommt beim Essen. Der „Pesther Lloyd“ schreibt: „Nach Vriesen, die uns aus Berlin von ganz kompetenter Seite zugehen, sieht man dort in maßgebenden Kreisen seit 1870 den Krieg gegen Rußland ebenso sehr als eine bloße Frage der Zeit an, wie nach dem Prager Frieden den gegen Frankreich. Daß aber, sobald in Petersburg ein Umschlag erfolgt, die Coalition für und fertig da steht, darüber kann doch kein Zweifel obwalten. Einem hochberühmten Kognitologen, der aus dem Orient zurückkam und bei Hofe eben so gern gesehen wird, wie er von früher her bei Bismarck ein lieber Gast ist, lagte einer der prinzipialen Adjutanten geradezu ins Gesicht, als er seine Freude über die Friedenssäure äußerte, die nunmehr angebrochen sei. „Friedenszeit?“ hieß es, „Man, da gehen sie in unsere Offizierschulen und sehen Sie, mit welchem Eifer dort das Russische studirt wird, wie die russischen Generalstabstaben aufgestellt werden und mit welcher Sorgfalt die Regierung sie massenweise copiren läßt!“

Die „sittlich verkommenen Franzosen“. Der „Frankfurter Ztg.“ schreibt man aus Paris: „Ein Bürger von Sedan, Hr. Barinet, hatte vor einiger Zeit mit eigener Lebensgefahr einen bayerischen Soldaten, der in der Raas badete, vom Ertrinken gerettet; die preussische Regierung sandte ihm dafür eine Auszeichnung; Hr. Barinet nahm sie aber nicht an sondern verlangte als Belohnung, — da man ihn doch einer solchen für würdig erkannte, — die Freilassung eines bis jetzt in Deutschland zurückgehaltenen Franzosen.“

Zules Favre gehört zwar in die Klasse der weinerlichen Verbrecher, aber mit der ihm eigenen weichtierischen Milch- und Thränenbri-Sentimentalität ist doch eine kolossale Dosis von Unerschämtheit, ja absolute Schamlosigkeit verbunden. Genau zwei Monate nach der großen Blutwoche, an der er selber so viel Mordantheil gehabt hat, wurde diesem scheinheiligen Burschen bekanntlich im offenem Gerichtshof die Maske herabgerissen, und der fromme Verteidiger der Familie und des Eigenthums als gemeiner Erbschleicher, Spitzhube und Ehebrecher entlarvt. Damals vergoß er er keine Thränen, die er nur bei Begehung von Schurkenstreichen nöthig zu haben scheint. Mit eherner Stirn trotzte er den verachtenden Blicken des Publikums, und rührte ungerührt fort, sich im öffentlichen Leben zu bewegen. Es bedurfte förmlichen Zwangs, ihn aus dem Ministerium herauszutreiben, an das er sich anklammerte, wie ein Geizhals an sein Geld. Im Nebenrigen that er nach wie vor, als ob nichts geschehen wäre. Umsonst ließen die Pariser Advokaten bei den letzten Wahlen in ihrem Rath, dem er seit drei Jahrzehnten ununterbrochen, zuletzt als Präsident, angehört hatte, mit Schimpf und Schande durchzufallen — nicht eine Stimme bekam er! — Auch dieser Fußtritt war nicht genug. Es mußten stärkere Mittel angewandt werden, um diesen frechen Gesellen in das Dunkel der bewußten Verbrechertugend hinein zu treiben. Und sie wurden angewandt. Vor einigen Tagen figurirte er in einem Proceß als Anwalt des Angeklagten; dies gab den Anlaß: Einer der Geschworenen erklärte in seinem und mehrerer Kollegen Namen, Herr Jules Favre stöße ihnen in Folge seiner notorischen Vergangenheit und seines gebrauchten Charakters einen derartigen Ekel ein, daß sie den von ihm vertretenen Angeklagten nicht mit der nöthigen Unparteilichkeit betrachten und beurtheilen könnten. Herr Jules Favre gerieth — in zerknirschter Verlegenheit? — nein!! — in sittliche Entrüstung, „Schlug sich im Gefühl seiner Tugend auf die Brust“, schwachte von Ehre und Sittlichkeit! Doch — das Maß war voll; die Geschworenen bestanden auf ihrem Protest,

sie mußten entlassen, ein anderer Prozeßtermin anberaumt werden, und — Jules Favre ist moralisch aus dem Barreau (der Advokatenkorporation) hinausgeworfen, wie weiland aus dem Ministerium. Jetzt ist er bloß noch in der Versailler Kammer — und diese wird ihn nicht ausstoßen, den: sie paßt zu ihm und er zu ihr. —

Wir lesen in verschiedenen Blättern: „Wie aus einem Artikel der Times zu ersehen, konstatirt der letzte Jahresbericht der beiden Englischen Fabrikinspektoren Baker und Redgrave — vom 1. Mai 1871 bis Ende April 1872 — die wohlthätigen Folgen des durch die Gesetzgebung seit 1833 in fortschreitendem Maße und Umfang gewährten Schutzes der Kinder- und Frauenarbeit und für die Gesundheit der Arbeiter insgesamt in den englischen Fabriken und Werkstätten, eines Schutzes, dessen Handhabung der Aufsicht der beiden genannten Inspektoren als obersten Beamten anvertraut ist. Es wird in dem Berichte hervorgehoben, daß die Haltung der Arbeitgeber mehr und mehr entgegenkommend gegenüber den zum Wohle der Arbeit eingeführten gesetzlichen Schutzmaßregeln und namentlich, daß die kleinen Unternehmer, welche erst neuerdings — durch das „Werkstättengesetz“ von 1867 und 1871 — den Fabrikinspektoren untergeben worden sind, sich durch aufrichtiges Zusammenwirken mit den Wünschen und Aufgaben der letzteren, sowie durch eifrige Befolgung der gesetzlichen Vorschriften vortheilhaft hervorthun, wenn man namentlich sich erinnert, auf welchen Widerstand früher die Fabrikgesetzgebung bei den großen Unternehmern, auf welche sie anfänglich beschränkt war, gestoßen ist. Jetzt scheinen sich alle Unternehmer davon zu überzeugen, wie wohl durchführbar nicht bloß, sondern auch wie wohlthätig für alle Theile jene Gesetzgebung ist. — Beide Inspektoren sehen in ihrem Berichte die gegenwärtige englische Fabrikgesetzgebung auch keineswegs als vollendet an; sie verlangen vielmehr u. A. folgende weitergehende Beschränkungen: während jetzt auch Kinder im Alter von 8 Jahren in Fabriken beschäftigt werden dürfen, verlangen sie eine Erhöhung des Minimalalters auf 10 Jahre; ferner die Ausschließung gewisser gesundheitsgefährlicher Beschäftigungen für Kinder unter 13 Jahren. Der eine der beiden Fabrikinspektoren, Mr. Redgrave, verlangt sogar, daß die Gesetzgebung die Beschäftigung aller verheiratheten Frauen beschränke. Der letztere Vorschlag erscheint der „Times“ (natürlich!) bedenklich; und Mr. Redgrave selber erkennt an, daß hierbei die Mitwirkung einer gestiegenen Gesittung der Arbeiter selber mit in's Auge gefaßt werden muß.“

Nicht uninteressant, wenn auch leicht erklärlich, ist, daß die kleinen Arbeitgeber den Fabrikanten sich gutwillig unterwerfen; wie sehr die großen sich dagegen gesträubt haben, das lese man im Marx'schen „Kapital“ nach, wo die Geschichte der englischen Fabrikgesetzgebung mit ebenso großer kritischer Meisterhaft als Vollständigkeit gegeben ist. Die Vermuthung der Herren Inspektoren, dieser Widerstand habe neuerdings einer besseren Ueberzeugung Platz gemacht, steht beiläufig in der Luft und wird durch nichts Thatsächliches unterstützt.

Daß die englische Gesetzgebung Flickwerk ist und die Interessen der Arbeiter nur sehr ungenügend wahrt, brauchen wir besonders nicht hervorzuheben.

Leipzig. Herr Exdemokrat und Polizeidirektor Räder hat über den verantwortlichen Redakteur d. Bl. A. Ruth 6 Tage Gefängnis verhängt, — Recurs an die Kreisdirection erfolgt selbstverständlich — weil wir in No. 64 gesagt wir wären „mindestens eben so schlau — wie gewisse Leute!“ Darunter glaubt Herr Räder verstehen zu müssen, wir hätten die bestimmte Absicht ausgesprochen, das von ihm erlassene Verbot (die Vermittelung der Haager Kongressmandate an hinführende Delegirte zu übernehmen) zu übertreten. Wenn Herr Räder die Absicht der Gesetzesverletzung untreubar von der „Schlauheit“ hält und unter „gewisse Leute“ sich gemeint fühlt, so hat er damit auch sich selbst als einen Gesetzesübertreter denunzirt: — was beiläufig nichts weniger als „schlau“ und der beste Beweis dafür ist, daß wir unter „gewisse Leute“ nicht ihn gemeint haben können. Es wäre auch sehr schlimm um uns bestellt, wenn wir uns in der „Schlauheit“ bloß mit einem Manne messen könnten, dessen geistige Bedürfnisse Abend für Abend (von 8—11 Uhr) nur am „Stammisch“ der Vereinsbrauerei ihre vollste Befriedigung zu finden vermögen.

### Internationale Metallarbeiterchaft.

Braunschweig. In der am 10. Juli stattgehabten Versammlung wurde G. H. Müller, Schwarzstr. 22, zum Bevollmächtigten, C. Wünsch, Bohlweg 16, zum Cassirer, Aug. Engelke, W. Lürsch, Diermann zu Revisoren gewählt.

Im Auftrage: G. H. Müller, Bev. In einer gemeinschaftlichen Versammlung der hiesigen Gewerkschaften, soweit sich dieselben der Union angeschlossen, wurden zur Controlcommission gewählt:

Von der Holzarbeitergewerkschaft: Schrader. Von der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft: B. Vertram. Metallarbeiterchaft: G. H. Müller, D. Ohermann, J. Wubme.

In einer engern Sitzung der oben Benannten wurde G. H. Müller, Schwarzstr. 22, zum ersten, J. Wubme zum zweiten Vorstehenden, L. Vertram, Kaiserstr. 28, als Schriftführer, D. Ohermann dessen Stellvertreter, Schrader als Beisitzender gewählt.

Im Auftrage der Unions-Control-Commission G. H. Müller.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden. 18. August. Nachdem auf dem Erfurter Kongreß Dresden zum Vorort bestimmt wurde, erfolgte am 15. die Constatirung des neugewählten Verwaltungsraths. Gewählt wurden: Heinrich Zilger zum ersten, Hermann Löbner zum zweiten Vorstehenden, August Stengel zum ersten, Carl Kreische zum zweiten Cassirer, Carl Pottenburger zum ersten, Joseph Reisinger zum zweiten Schriftführer, Liebcher, Klempe, Schölze als Controlleure, Hei- nert, Leuschke als Ersatzmänner. Die hier Benannten haben die Verwaltung übernommen und legen das Versprechen ab, treu und streng ihre Schuldigkeit zu thun, richten aber auch an alle Mitglieder, insbesondere an die Bevollmächtigten aller Orte die dringende Bitte, etwas pünktlicher als zeitlich ihren Pflichten nachzukommen; es ist nothwendiger als je, daß sich unsre Kollegen zusammenscharen, um vereint einen Damm gegen die alles überfluthende Kapitalmacht zu gründen.

Kollegen! Ihr, die ihr als die intelligentesten und bravsten bereits eingetreten seid, thut eure Schuldigkeit, seid Männer, rüttelt die Schläfer auf, damit endlich auch diese begreifen lernen, daß Niemand ernten soll, ohne gesät zu haben; sagt ihnen, daß es nicht brav, nicht edel, daß es nicht ehrenhaft-männlich ist, seine Brüder im Kampfe

gegen den unerbittlichen aller Feinde allein zu lassen und selbst die Hände müßig im Schooße zu behalten.

Alle Geschäftsbriefe sind frankirt zu adressiren an Heinrich Zilger, Reibsdammstraße Nr. 5. Alle Briefe an August Stengel, Schuhmacherstraße Nr. 2, 4 Tr.

Mit herzlichem Brudergruß der Verwaltungsrath

Zilger, bez. Vors.

NB. Das Inv. ntar ist bei uns eingetroffen. Wir bitten die Bevollmächtigten aller Orte, uns sofort die genauen Mitgliedsbeiträge zukommen zu lassen, damit wir im Stande sind, die durchaus nöthige Ordnung zu schaffen.

D. D.

### Abrechnung des Tischler-Striße zu Dresden.

Ogleich der Striße der Arbeitscommunitations-Aktion und der gehörigen Regulirung der ganzen Angelegenheit noch nicht beendet ist, auch deshalb noch vor Zugang zu warnen ist, so fühlen wir uns doch verpflichtet, den Rechnungsabluß unzeren auswärtigen und Dresdener Freunden und Kollegen gegenüber zu veröffentlichen, gleichzeitig sprechen wir unsern verbindlichsten Dank und brüderlichen Gruß hiermit aus.

Einnahme:

Berlin 210 Thlr. 3 Rgr. 5 Pf.; Chemnitz 40 Thlr. 2 Rgr. 5 Pf.; Leipzig 26 Thlr. 27 Rgr.; Halle 21 Thlr. 23 Rgr.; Hannover 20 Thlr. 20 Rgr.; Bremen 18 Thlr. 5 Rgr.; Stuttgart 33 Thlr. 16 Rgr.; Königsberg 11 Thlr. 8 Rgr.; Coburg 8 Thlr.; Stadt 4 Thlr. 23 Rgr.; Jwida 4 Thlr.; München 4 Thlr. 22 Rgr. 2 Pf.; Erfurt 5 Thlr.; Magdeburg 5 Thlr.; Gotha 9 Thlr.; Wargen 4 Thlr.; Gera 6 Thlr. 25 Rgr.; Augsburg 5 Thlr.; Wandsbeck 5 Thlr. 10 Rgr.; Mainz 6 Thlr. 24 Rgr. 1 Pf.; Gimmichau 2 Thlr.; Rarth 4 Thlr. 6 Rgr.; Söfler, Holsdubauer 10 Thlr. — Summa: 495 Thlr. 14 Rgr. 1 Pf. — Einnahme von Dresden: Kap'sche Fabr. 93 Thlr. 20 Rgr. 5 Pf.; Köntsch'sche Fabr. 36 Thlr. 24 Rgr. 5 Pf.; Kury'sche Werkst. 21 Thlr. 14 Rgr. 3 Pf.; Friedrich'sche Fabr. 4 Thlr. 22 Rgr. 1 Pf.; Schli'sche Maschinenfabr. 5 Thlr. 22 Rgr.; Bürtenschmied 5 Thlr.; Bod'sche Werkst. 6 Thlr. 14 Rgr. 5 Pf.; Jähner'sche Fabr. 18 Thlr. 5 Rgr.; Robe'sche Werkst. 3 Thlr. 21 Rgr. 5 Pf.; Barnewitz'sche Fabr. 5 Thlr. 4 Rgr.; Stelmacher 3 Thlr. 16 Rgr.; Raumann, St.-F. 3 Thlr.; Bierling'sche Leder-Fabr. 5 Thlr. 2 Rgr.; Lärpe'sche Fabr. 43 Thlr. 24 Rgr.; Maier'sche Fabr. 41 Thlr. 4 Rgr. 5 Pf.; Gagel'sche Fabr. 9 Thlr. 7 Rgr.; Ledmann'sche Werkst. 6 Thlr. 2 Rgr. 5 Pf.; Tischler-Association 7 Thlr. 15 Rgr.; Seier, St.-F. 12 Thlr. 25 Rgr. 5 Pf.; Büttcher Verf. 25 Thlr.; Rade'sche Werkst. 7 Thlr.; Kühnig'sche Schl.-Werkst. 18 Thlr. 10 Rgr.; Siebmann'sche Schl.-Fabr. 17 Thlr. 5 Rgr.; Reichel'sche Werkst. 4 Thlr. 16 Rgr.; Gewerkschaft der Schuhmacher 6 Thlr.; Ueberseh vom Tischlerkränzchen 36 Thlr. 19 Rgr. 7 Pf. — Summa: 443 Thlr. 25 Rgr. 6 Pf.

Eingegangene Gelder in Hauptversammlungen 151 Thlr., 9 Rgr., 3 Pf.; eingegangene Privatgelder und einzelne Werkstätten 136 Thlr. 4 Rgr. 3 Pf.

Ausgabe:

Reiseunterstützung 128 Thlr. 18 Rgr. 8 Pf.; Strißeunterstützung 902 Thlr. 17 Rgr.; Lokalausgaben 149 Thlr. 10 Rgr. 1 Pf.; Schreibmaterial 7 Thlr. 22 Rgr. 4 Pf. — Summa: 1195 Thlr. 8 Rgr. 3 Pf. Sa. aller Einnahmen: 1197 Thlr. 23 Rgr. 3 Pf. Sa. aller Ausgaben: 1195 „ 8 „ 3 Pf.

bleibt Kasienbestand: 2 Thlr. 15 Rgr. — Pf.

Das Sicre-Comitee: G. Arnold, Vors., A. Schneider, Cass.

Leipzig. Logit der Fälscherbande des „Neuen“. Derselbe schreibt in Nr. 94:

„Unsere Parteigenossen Hartmann und Frohme werden wegen der gegen sie erhobenen Hochverrathsanlagen vom Leipziger „Volkstaat“ jetzt verhöht. (?) Es erinnert uns diese Heidenbüt an das Reichsstaats, in welches die Berliner Bourgeois ausbrachen, als Laßalle in einer Versammlung verhaftet wurde. Bis zu welchem Grad der Schmähungen sich der „Volkstaat“ verzeigt, zeigen übrigens folgende Aeußerungen desselben:

„Drittens würde auch ein wirklicher Hochverrathprozeß in Preußen seinen Beweis für die Unschuld des „Neuen“ und seines Hasselmann und Hasenclever bilden; oder wäre es z. B. in Frankreich nicht schon oft vorgekommen, daß die Polizei ihre eigenen Agenten als Hochverräter ein sperrt?“

„Was würden die Herren von der Eisenacher Partei wohl sagen, wenn sie in unserm Blatte eine ähnliche Behauptung lesen, wie z. B.:

„Es kann ein Hochverrathprozeß in Sachen Linen Beweis für die Unschuld des „Volkstaat“ und seines Liebnecht und Weibel bilden; oder wäre es z. B. in Frankreich nicht schon oft genug vorgekommen, daß die Polizei ihre eigenen Agenten als Hochverräter ein sperrt?“

„Die schmähliche Redaction des „Volkstaat“ schlägt sich, wie man sieht, mit ihren eigenen Worten.“

Somit der „Neue“. Es giebt eine Art, zu lügen, die nicht — wie die gewöhnliche Art des Lügens — darin besteht, daß man etwas Unwahres sagt, sondern darin, daß man etwas Wahres verschweigt. Auf diese, die heimlichste Art des Lügens verzeht sich namentlich der „Neue“. Zunächst behauptet er, wir hätten die Herren Frohme und Hartmann, „wegen der gegen sie erhobenen Hochverrathsanlage verhöht“, verschweigt aber wofür, worin eigentlich diese „Verhöhnung“ bestehen soll. — Im Vertrauen darauf, daß seine Leser ihm Alles aufs Wort glauben. Dann reißt er einen Satz („Drittens u. s. w.“) aus unserer Polemik heraus, um angeblich die Redaction des „Volkstaat“ „mit ihren eigenen Worten“ zu schlagen, in Wirklichkeit aber bloß leeres Stroh brechend. Der „Neue“ läßt nämlich, indem er als Retourkutsche einen so famosen Vergleich zwischen sich und dem „Volkstaat“ anstellt, die Voraussetzung weg, ohne welche jener Vergleich, obgleich logisch haltlos, doch einen Anchein von Wichtigkeit erhält — ein Kniff, der so schlau ist, daß ihn jedenfalls nur wenige Leser beachten haben werden. Diese Voraussetzung lautet etwa: „Es ist erwiesen, daß Schweiger und Consorten preussische Polizeigenossen sind.“

Daraufhin zielt nun die Behauptung des „Volkstaat“, gegenüber der Braleten des „Neuen“ mit dem Hartmann'schen Prozeß, daß auch ein Hochverrathprozeß keinen Beweis für die Unschuld des „Neuen“ bilden würde, sintermalen in Frankreich auch Polizeigenossen zum Schein als Hochverräter eingesperrt worden sind.

Es ist also gesagt, daß durch einen Prozeß nichts für (und ebensowenig gegen) Jemand bewiesen ist, zumal wenn bereits positive Beweise nach irgend einer Richtung hin vorliegen.

Wenn demnach Beweise vorhanden wären, daß die Männer des „Volkstaat“ Agenten der Sächsischen Regierung sind, wie es in Bezug auf Schweiger und Consorten vorläufig zur Preussischen Regierung der Fall ist, dann würde allerdings „ein Hochverrathprozeß in Sachen keinen Beweis für die Unschuld des „Volkstaat“ bilden u. s. w.“ Da aber noch Niemand auch nur die leiseste Vermuthung erhoben, geschweige denn einen Schatten von Beweis erbracht hat, daß die Männer des „Volkstaat“ Agenten der Sächsischen Regierung seien, so ist der Vergleich des „Neuen“ völlig haltlos, denn es fehlt ihm jede Unterlage.

Wenn der „Neue“ künftig wieder auf Retourkutsche fahren will, muß er sich ein besseres Vorgehen besorgen.

Wir hoffen, daß der „Neue“ an den Relationen der letzten Woche eine Wille genug haben wird und schließen hiermit die aus Anlaß des Generalversammlungs-Protokolls herorgegangene Polemik mit ihm, indem wir unsere Leser um Entschuldigung bitten, daß wir nothgedrungen einen beträchtlichen Theil des Raumes d. Bl. zu so unerfreulichen Zwecken verwenden mußten.

Leipzig. In der Nummer 65 des „Volkstaat“ lesen wir, daß die Brüder Kury'scher mit der Fachgenossenschaft der (wenn wir richtig verstehen) Leipziger Kürschnergehülfen in Verbindung treten wollen, und bitten wir und daher denselben unsere Adresse zu übermitteln: Franz Trösch bei Hrn. Gütloff, Frankfurterstraße Nr. 63b, Hintergebäude. Wir sind gern erbötig, Statuten zu übersenden. Wir bitten daher um die Adresse der Brüderlichen Kollegen, damit wir wissen, an wen wir die Correspondenz zu richten haben.

Der Fachverein der Kürschner.

**Leipzig.** Zum Parteikongress. Von den beiden an der Spitze der heutigen Nummer stehenden Anträgen der Wiesbadener Parteigenossen kann dreist angenommen werden, daß der Kongress über dieselben ohne Weiteres zur Tagesordnung übergeben wird. Denn die Stellung, die diese Anträge der sozialdemokratischen Partei in der allgemeinen Arbeiterbewegung amweisen wollen, ist geradezu eine antisozialdemokratische zu nennen. Als das fortgeschrittenste Element hat die Sozialdemokratie die Aufgabe, in dem Klassenkampf des Proletariats überall ohne Ausnahme tatend, beherrschend und helfend zu wirken, gleichviel ob die engagierten Arbeiter sich zur Sozialdemokratie bekennen oder nicht. Was wäre denn sonst an der Idee der Sozialdemokratie, wenn sie den von ihr Forderungen nicht befähigte, in erster Reihe für die Emanzipation der arbeitenden Klassen einzutreten?

Ueberlassen wir es dem allgem. deutschen Arbeiterverein, die Arbeiter in seine Reihen zu „pressen“, der Sozialdemokratie würde es schlecht anstehen, erst nach dem Glaubensbekenntnis zu fragen, bevor sie die Unterstützung „kritischer Gesellschaften“ befruchtete.

**Dresden.** 15. August. In einer gestern stattgefundenen Versammlung der hiesigen Parteigenossen wurde beschlossen, eine beschließende Volksversammlung auf Sonnabend über 8 Tage, den 24. d. M. einberufen. Als Tagesordnung für dieselbe ist vorläufig bestimmt worden: 1) Die Prinzipien der Sozial-Demokratie und das jetzige Verhalten der Arbeiter zu denselben. 2) der bevorstehende Partei-Kongress zu Mainz. Als Referent war der seit einiger Zeit in Abbau bei Dresden wohnende Scheu aus Wien in Aussicht gestellt, allein demselben ist vor einigen Tagen bereits die polizeiliche Ausweisung angeordnet worden, und ihm ein längerer Aufenthalt zur Vollenbung seiner begonnenen zyklographischen Arbeiten nur unter der Bedingung gestattet, jede weitere Thätigkeit für die Partei zu unterlassen. Auf Befragen hatte die Polizei als Motiv angegeben, sie müsse sich doch gegen uns nach Kräften wehren! — Da nun aber erfahrungsgemäß das Interesse der Arbeiter für die Volksversammlungen allemal ein weit größeres ist, wenn statt eines hiesigen schon längst bekannten Sprechers ein fremder Referent austritt, so wurde als solcher von G. Klein ein Leipziger Parteigenosse in Vorschlag gebracht.

Es wurde sodann zur Wahl des Delegierten für den Mainzer Partei-Kongress geschritten, und der Unterzeichnete mit über 2/3 Majorität gewählt. Als Gegenkandidat war Klein ausgestellt worden, welcher jedoch als Delegierter für Gamenz nach Mainz gehen wird. — Der gegen mich anhängige Prozeß wegen angeblicher Verleumdung des Leipziger Schörrichterhofes in der Volksversammlung am 15. April ist noch nicht erledigt, wird aber wahrscheinlich bald seinen Abschluß durch öffentliche Verhandlung finden. Dagegen ist gegen Aloys Schauer am 13. August das auf zwei Monate Gefängnis lautende Urteil bestätigt worden, hingegen das gegen Viedermann früher gefällte Urteil, auf einen Monat Gefängnis lautend, jetzt in 15 Thaler Geldbuße umgewandelt worden.

Hempel, an der Elbe 2. IV.

**Cöln.** 14. August. Am Sonntag Vormittag wurde ich höchlich überrascht durch ein Plakat, welches alle Maurer Cölns aufzuforderte, in einer öffentlichen Maurerverammlung zu erscheinen. Als Tagesordnung war angegeben: „Die drückende Lage der Maurer und deren Abhilfe.“

Ich wunderte mich, als Vorsitzender der hiesigen Maurergewerkschaft, eine Maurerverammlung anderaumt zu sehen, von welcher in unserer ganzen Mitgliedschaft nicht die geringste Ahnung war. Unterzeichnet war das Plakat „Neuere Arbeiter.“ Wir folgten der Einladung und versammelten uns Montag Abend 8 Uhr in das Lokal des Herrn Stranger und Dohn. Bald füllte sich das Lokal so, daß Kopf an Kopf stand.

Da löste sich denn das Räthsel. Ein Metallarbeiter, im Mitgliedschaft für unsere Lage, hatte sich unser erdarmt und uns eine Maurerverammlung veranstaltet. Der Einberufer, Herr Metallarbeiter Wolff, eröffnete 1/2 vor 9 Uhr die Versammlung, bedauerte, daß der auf dem Plakat angekündigte auswärtige Redner noch nicht angekommen sei und ersuchte dann, einen Vorsitzenden zu wählen. Die Wahl fiel auf mich. Herr Daas wurde stellvertretender Vorsitzender und Herr Hubert Weber Schriftführer, beide ebenfalls Mitglieder unseres Vereins.

Nachdem ich den Vorsitz übernommen, frag ich den Einberufer, ob er Maurer sei, worauf er mir gestand, er sei Metallarbeiter, aber Herr Friede aus Batmen, der auswärtige Redner, welcher ihn mit der Versammlung beauftragt, sei Maurer. Diese Aussage wurde aber sofort als Lüge gekennzeichnet durch mehrere Anwesende, welche von Herrn Friede wußten, daß derselbe nicht Maurer sei. Also mit einer Lüge fingen die guten Leute an, welche sich so sehr für uns zu interessieren schienen. Zur Freude der Einberufer war unterdessen Herr Friede angekommen. Seine Freude sollte sich jedoch bald in Trauer (bei einigen in Wuth) verwandeln. Zunächst rügte ich es, daß von einem Nichtmurer eine Maurerverammlung anderaumt worden sei, ohne auch nur im Geringsten dem hier bestehenden Verein Mittheilung zu machen.

Die Entschuldigung, man habe von der Existenz unseres Vereins nichts gewußt, war wieder eine Lüge, denn in demselben Lokale, wo unter Verein tagt, tagen auch die hiesigen wenigen Mitglieder des Allgem. Deutschen Arbeiter-Vereins, zu denen auch der Herr Einberufer gehört.

Zuerst ertheilte ich Herrn Friede zu seinem Vortrage das Wort. Anstatt nun über unsere Lage zu sprechen, erging er sich in konfusien Ausdrücken über die Bedeutung von „national“ und „international“ und versuchte uns für den Allgem. Deutschen Arbeiterverein in Berlin zu begeistern. Bei der Verpöschung der Internationalen verwickelte Redner sich nachwendigerweise in Widersprüche. Ueberhaupt war das Auftreten des Redners etwas unsicher, er ermahnte zur Einmüthigkeit und benahm sich möglichst gut, da er vielleicht fühlen mochte, daß seine Worte uns sehr kalt ließen.

Redner erklärte, von Herrn Grottkau, Präsident des Maurervereins in Berlin, beauftragt zu sein, und stellte dessen baldiges Herkommen in Aussicht. Nun erhielt das Wort Herr Kleist. Derselbe kennzeichnete die Einmüthigkeitsbestrebungen des Herrn Friede, welcher hier in Cöln, wo bereits eine Organisation der Maurer bestände, einen anderen Verein zu errichten beabsichtigt sei.

Nachdem Redner die konfusien Ausführungen des Herrn Friede über nationale und internationale Organisation widerlegt und ihm seine Widersprüche nachgewiesen, ging er dazu über, die Bestrebungen der Leute vom Allgem. deutschen Arbeitervereins bezüglich der Gewerkschaften ins rechte Licht zu setzen. Er wies nach, daß die Hauptgebelde dieser Richtung in ihren Kongressen, wenn sie glauben, unter sich zu sein, ganz anders sprachen, daß überhaupt bei dergleichen Gelegenheiten so Manches offenkundig werde, was wohl nicht geeignet sei, die Maurer nach einer Verbindung mit dergleichen Elementen lächerlich zu machen. Redner fügt sich auf das Protokoll der Generalsammlung des Allgem. Deutschen Arbeitervereins zu Berlin vom 22.—26. Mai 1872. Das würde den anwesenden Gläubigen des „Neuen“ kaum doch etwas unbehagen, was an einer Unterbrechung des Redners zu erkennen war. Unter Anderem verlas Redner auch die Ausführungen Grottkaus über Gewerkschaften: „So lange wir nicht die gewerkschaftliche Bewegung bei den Christen und Fortschrittlichen entfernen können, müssen auch wir sie beibehalten als Gegengewicht. Dabei dienen unsere Gewerkschaften noch dazu, Elemente den anderen Parteien zu entreißen und dem Allgem. deutschen Arbeiterverein zuzuführen.“ (Protokoll S. 28)

Also nicht um der Gewerkschaft willen, sondern nur, um die Arbeiter als Werkzeug zum Kampf und gegen ihre Brüder zu benutzen und für den Allgem. deutschen Arbeiterverein heranzuziehen, agieren diese Leute. Was der Allgem. deutsche Arbeiter-Verein sei, zeigte Redner ebenfalls auf Grund des Protokolls. Er legte den Anwesenden klar, wozu die Gelder verwendet würden, wenn sie in jene Organisation eintraten, um verschiedene arbeitslose Menschen als Präsident oder als Agitatoren zu ernennen. Zum Schluß warnte Redner die Maurer vor diesen Leuten und schloß: es ist besser, 10,000 offene Feinde, als solche schmeichende Freunde zu haben. (Beifall.)

Friede suchte sich zu verteidigen: es sei nicht erwiesen, daß Schweitzer mit der Reaktion im Bunde gestanden. Seine Ausführungen trugen den Stempel der Hoffnungslosigkeit. Er mußte doch etwas auf die wuchtigen Anklagen gegen seine Fraktion sagen. Er hatte nicht erwartet, Widerspruch zu finden, wie er selbst eingestand. Seine Freunde mochten ihm die Verhältnisse in Cöln in günstigerem Lichte dargestellt haben, und so hatte Herr Friede gehofft, ein gedankenloses, gläubiges Publikum zu finden, wie er das bei seinen Parteigenossen gewohnt sein mag. Also man hatte sich auch unter sich belogen. —

Run sprach Herr Hess und theilte seine Erfahrungen als früheres Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins mit, bewies an Beispielen aus Genf, Paris, London, daß die Internationale Erfolge aufzuweisen habe, und kam dann auf die Verämblerung seitens des „Neuen“ gegen Liebfredt bezüglich des Communisierungsprozesses zu sprechen. Redner habe damals den wahren Sachverhalt erfahren aus andern Blättern und lehnte an Schweitzer und die Redaktion des „Sozialdemokrat“ einschickte, um ihre verläumdenden Anklagen zurückzuführen. Dies sei jedoch nicht erfolgt.

Ebenso seien manche Briefe, welche Redner in Selbstangelegenheiten (Anfragen wegen für Brochüren bestimmter eingekannter Gelder) geschrieben, vom „Neuen“ unbeantwortet geblieben.

Zum Schluß sprach Herr Schumacher und bewies, daß unter einer Diktatur der Präsident nur gewaltsam beseitigt werden könne. Da man auf gegnerischer Seite jetzt sage, Hasenclever sei der erste christliche Präsident im Allgem. Deutschen Arbeiter-Verein, so wäre damit ja alle Opposition gegen die früheren, also unchristlichen, gerechtfertigt. Der Bevollmächtigte der Unselbigen, Kaufher, lachte in seiner Naivität. Schumacher verwies ihm sein Benehmen und sagte ihm, daß er sich schämen solle, ferner in einer Arbeiterversammlung zu erscheinen, indem er ihn an sein Auftreten in der Hofhalle erinnerte (siehe „Volksstaat“ Nr. 13 dieses Jahres). Gegen die Vertrauenslosigkeit der Arbeiter des „Neuen“ führt Redner die Worte Blumens an: „Nie häßt“ und ein Mensch betrogen. Ein glatt Gesicht und nie berührt. Wäre jedem, wie dem Stempelbogen, Der Werth ihm auf die Stirn gedrückt.

Friede habe auch gesagt, er sehe in Opposition zu dem Verein, er sei mit dem norddeutschen Theile nicht einverstanden. Da aber in Norddeutschland der Allgem. Deutsche Arbeiter-Verein hauptsächlich seine Mitglieder habe, so sei es Pflicht des Herrn Friede, auszutreten.

Die Behauptung Friede's, Schweitzer habe viel für die Arbeiter gethan, sei durchaus falsch, da Schweitzer als Lump nur das Gegentheil habe thun können. Friede sei nur gekommen, um den hiesigen Maurerverein zu vernichten, doch wäre er von seinen Freunden über die Arbeiterstimmung gründlich belogen worden.

Nach dieser derben Erection hielten es die Unselbigen für gerathen, ihr Fiasko nicht noch durch mehr Widersprüche zu erhöhen. Eine Resolution wurde beantragt, welche lautete: die Versammlung erklärt es für nicht in der Ordnung, daß ohne Vorwissen des Maurer-Vereins eine Versammlung der Maurer einberufen werde und verurtheilt dies Verfahren um so mehr, als es darauf abgesehen war, den Maurer-Verein zu unterwühlen. Die Maurer erklären, treu zu ihrem Verein zu stehen und das internationale Prinzip hochzuhalten. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen, und nachdem ich die Maurer zu ihrem Festhalten an dem Verein ermahnt, schloß ich die Versammlung gegen 11 Uhr. Wir sind den Herren Einberufern dankbar, daß sie uns eine so interessante Versammlung veranstaltet haben, welche uns keine Kosten verursacht hat.

Mit ihren unselbigen Statuten und Akten trösteten sich Herr Friede und Genossen in gedrückter Stimmung.

Mit sozial-demokratischem Gruß

Wib. Riisch, Vorsitzender des Maurer-Vereins.

**Hamburg.** Unter den Secularen Hamburg-Altona's ist ein Strike ausgebrochen. Das von denselben niedergesetzte Comité zeigte den Rhebern und Schiffsherrn an, daß in öffentlicher Versammlung beschlossen sei, eine Erhöhung der Feuer von 14 auf 18 Thaler monatlich zu verlangen. Sie „hegen das Vertrauen, daß ihre Forderung als eine gerechte anerkannt und gebilligt werde.“ Daneben aber versäumen sie nichts, um den Strike gehörig zu organisiren. So erhalten z. B. diejenigen unter ihnen, welche zur Zeit nicht die Mittel haben, sich während eines Strikes selber zu erhalten, außerdem daß das Kost- und Logisgeld beim Schlafbaad für sie bezahlt wird, noch ein Taschengeld von 2 Mark wöchentlich. Es waren aber nicht nur die Feuerverhältnisse, welche in den letzten Versammlungen zur Sprache kamen, sondern auch die Behandlung, die der Seefahrer auf manchen Schiffen von seinen Offizieren zu erleiden hat, sowie die Verpflegung, die ihm zu Theil wird. Eine gesetzliche Regelung dieser Punkte zu besserer Wahrung der Interessen der Seefahrer wurde als dringender wünschenswerth bezeichnet.

Auch die Steuerleute haben verlangt, daß ihnen eine höhere Feuer als bisher bewilligt werde. Bisher betrug diese usuell das Doppelte der Lagen der Matrosen, aber nicht immer wurde hieran festgehalten und meistens wurden für kleine Fahrt 28 Thlr., für große Fahrt 24 Thlr. vereinbart. Die Steuerleute brachfristigen nun ein Memorandum aufzusetzen, und dem Wasserhau zu überreichen, daß eine Erhöhung auf 36 Thlr. beliebt werde.

Die Kohlenheizer auf den Dampfschiffen sollen ebenfalls willens sein, eine Lohnenerhöhung zu verlangen und im Nothgedränge die Arbeit niederzulegen brachfristigen.

**Fürth.** 18. August. In der am 17. stattgefundenen Parteiverammlung, auf deren Tagesordnung der Mainzer Kongress stand, wurden sämtliche von den Hamburger Mitgliedern gestellten Anträge verworfen, ebenso der Antrag der Münchener, den Austritt aus der Landeskirche betreffend. Am Schluß wurde folgender von Herrn Grillenberg gestellter Antrag einstimmig angenommen:

„Bei Abhaltung der geschlossenen Kongress-Versammlungen sämtliche Reporter auszuschließen, und etwa während des Kongresses einkaufende prinzipielle Anträge zum Schluß in einer öffentlichen Versammlung zu erledigen.“

J. K. G. G. v.

**Gera.** In No. 63 des „Volksstaat“ v. 7. August findet sich ein polemischer Aufsatz gegen den „Neuen Sozialdemokrat“, worin es demselben gemessen wird, daß er auf die Stempelfreiheit des Dr. Hirsch'schen „Gewerksvereins“ hingewiesen und die factische Bemerkung gemacht hat, daß die ewigen Schimpereien im „Gewerksverein“ gegen die Sozialdemokraten von K. B., worunter doch nur Karl Baldow gemeint sein kann, gleichsam auch gegeslich abgestempelt werden müßten. Ich will mit der Redaktion des „Volksstaat“ nicht rechten, ob hierin eine Denunziation, wie dieselbe sagt, liegt. Nur meine ich, daß es solchen Menschen; wie diesem Baldow nicht stark genug gesagt werden kann und daß ich eine Kritik solcher Harmonieapostel selbst in der „Kreuzzeitung“ mit Befriedigung lesen würde. Die wirklichen Feinde der Arbeiterklasse sind Hirsch und seine Parteigänger, denn sie sind nicht bloß die Handlanger der Reaction, sondern auch ganz vorzüglich die des Kapitals. Ich werde dies beweisen.

Wir in Gera hatten Gelegenheit, diesen Baldow anzuhören, natürlich nicht in einer Volksversammlung; bemahre, da sind solche Herren viel zu feig dazu, sondern nur in einer ganz besonders besetzten Versammlung des Hirsch-Dunderschen Gewerksvereins, zu der nur solche Fremde eingeladen waren, die sich für den „gesetzlichen“ und gemäßigten Fortschritt interessirten, was gleichbedeutend mit unserer Anschließung war. Einige von uns interessirten sich nun gerade diesen Abend für den „gesetzlichen“ und gemäßigten Fortschritt, und hatten hierdurch Gelegenheit, den haarsträubendsten Unsinn, der je von einer Tribüne herab gesprochen worden ist, sowie die gemeinsten Denunziationen dieses Baldow zu hören. Ich habe hierüber seinerzeit dem „Volksstaat“ berichtet und kann nur bedauern, daß in meinem Bericht das Wesentlichste“ gefügt worden ist. Wir glauben daher, daß die Redaktion des „Volksstaat“ sich doch wahrlich nicht verpflichtet halten sollte, als Anwalt eines solchen Denunzianten aufzutreten,\*) der von der Tribüne herab verkündet, es sei notwendig, daß dieser sozialdemokratischen Bande Schweitzer-Hasenclever, dieser internationalen Gesellschaft Hebel-Liebfredt von Seiten der Staatsgewalt das Handwerk gelegt werde, und daß, nachdem Hebel und Liebfredt bereits verurtheilt worden waren; so daß selbst ein unbefangener Bürger, den bloß die Reugierde zur Versammlung trieb und der weder lähen noch drücken sich angeschloßen, äußerte: „Das ist ein bezahlter Mann.“

Im Auftrage der Geraer Parteigenossen  
Karl Bräuer.

\*) Das müssen wir leider bestreiten. R. d. V.  
\*\*) Nicht als „Anwalt des Denunzianten Baldow“, sondern des vom „Neuen“ denunziirten Baldow sind wir aufgetreten; und nicht im Interesse des von uns in gleicher Weise wie von Parteigenossen Bräuer geschätzten Herrn Baldow, sondern um den „Neuen“ zu kennzeichnen. R. d. V.

**München.** 14. August. Zum Parteikongress. Angesichts der trotz harter Maßregelungen und Verfolgungen nicht wenigen tüchtigen Parteigenossen und Mitgliedschaften und der ziemlich günstigen Lage unserer Partei sind nichts desto weniger die Blide der meisten Parteimitglieder und mit vollem Rechte erwartungsvoll auf den bevorstehenden Kongress gerichtet.

Schon seit länger als Jahresfrist hat sich das Bedürfnis nach einer frischeren einflussreicheren Organisation der Partei verschiedentlich bemerkbar gemacht.

Die hierfür sich interessirenden Parteimitglieder erwarten, daß der diesjährige Kongress diesem Mangel abzuhelfen bemüht sein wird.

Mit Freuden sehen wir, wie die Hamburger Parteimitglieder bestrebt sind, durch Stellung praktischer Anträge die bisher etwas lockere Organisation der Partei mehr zu befestigen. — Bedauerndswürdig ist es zwar, daß ihre Anträge, namentlich das Organ betreffend, sich in vor dem Kongress bei mehreren Leipziger Parteigenossen\*) auf einen schwach begrenzten Widerstand stießen.

Das Parteiorgan ist das geistige und agitatorische Element der Partei, und die Redaktion des Organs muß in erster Reihe sich immer vergegenwärtigen, daß die Partei eine Arbeiter-Partei nicht allein Sachsens, sondern Deutschlands und selbstverständlich in weiterer Beziehung international ist. Dem Bildungsgrade auch des weniger geschulten Arbeiters muß entschieden durch Form und Inhalt Rechnung getragen werden; und die Anträge der Hamburger Mitgliedschaft, denen sich auch die hiesige einstimmig angeschlossen, sind gewiß vollständig zu billigen. —

Die letzten Ereignisse hier in Süddeutschland, durch die Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hervorgerufen, haben uns die Nothwendigkeit der frischeren Lokalisation und Organisation gezeigt. — In erster Reihe müssen die Agitatoren der Partei in immerwährender Thätigkeit und in gleichmäßiger Vertiefung verweilt werden, da namentlich hier im Süden ein guter Boden für unsere Sache vorhanden ist. — Sodann ist es dringend nothwendig, die einzelnen Mitgliedschaften und Vereine zu einer prinzipiellen Berichterstattung über ihre Thätigkeit zu veranlassen. Dem Vertrauensmann muß eine mehr nach der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins hervorragende Stellung eingeräumt werden und alle Berichte über Lokalisation u. s. w. müssen mit seiner Unterschrift versehen sein. Da in den Mitgliedschaften und dem sozial-demokratischen Arbeiterverein, welche der Partei angehören oder ihre Tendenzen verfolgen, sich auch in der Regel die intelligentesten Mitglieder der Gewerkschaften befinden, so ist es nothwendig, daß die ersteren die Gewerkschaftsmitglieder in ihren Bestrebungen jederzeit unterstützen. — Die Bildung und Erhaltung statistischer Commissionen ist in erster Reihe ihr Blick und ein einziger Band der Harmonie muß stets beide Verbindungen umschließen.

Keine Sonderstellung, ob Fachverein oder Gewerkschaft, darf fernerhin mehr bestehen. Alle freien Arbeiterverbindungen, welche sich vom Vertrauensbündel befreit, welche einschen gelernt haben, daß sie nur auf der Grundlage der Solidarität ihre Interessen fördern können, und daß es in der heutigen Gesellschaft keinen Frieden mehr zwischen Kapital und Arbeit giebt, sind verpflichtet, geistig und materiell ihre Vorhut, die sozial-demokratische Partei und den Kongress, zu unterstützen.

**Heppenheim a. d. Bergstr.** 5. Aug. Wie schon berichtet, hat die sozial-demokratische Arbeiterpartei hier Verbreitung gefunden und ist die Zahl der Mitglieder jetzt auf über 50 gestiegen. Nun sollte hier, so auch in Bensheim, verflochtenen Sonntag Volksversammlung stattfinden, welche jedoch dadurch vereitelt wurde, daß in Bensheim das bisherige Lokal verweigert, und hier die Volksversammlung vom Großh. Kreisamt verboten wurde. Trotzdem kam Herr Ehrhart aus Darmstadt, welchem die Verbreitung der Sozialdemokratie sehr am Herzen liegt, mit mehreren Parteigenossen aus Bensheim hierher, wo er der zahlreich besuchten geschlossenen Mitgliederversammlung bewohnte. Kaum waren wir jedoch eine halbe Stunde versammelt, da, gerade als wir über die ungeschickliche Willkür der Polizei der Bergstr. (bezüglich der Auflösung der bisherigen Volksversammlungen) sprachen, geht die Thüre auf und herein tritt der Bürgermeister an der Spitze sämtlicher Polizisten und Gensd'armen Heppenheims. Nachdem die Eingebungen gefragt, was es gebe? und ihnen zur Antwort wurde: „geschlossene Mitglieder-Versammlung.“ forderten sie unter Anderm Herrn Ehrhart, auf welchen die Polizei ein wachames Auge zu haben scheint, auf, sich zu legitimiren und nannten dessen Namen. Nachdem dies geschehen, entspann sich eine Unterhaltung der löblichen Art. Der Bürgermeister erklärte im fallendem Tone unter Anderm: „Der mein Freund ist ein mich lieb hat, der stellt sich uff mein Seit, sonst kriecht er die Krenk. — Ich bin im Name vom Großherzog da, hier steht der Herr (dabei griff er in die Westentasche und holte ein Dienstzeug und dergleichen hervor) und mer mich nicht her (fuhr er mit weit geöffneten Augen, den Stock schwingend, fort), dem schlo ich da Stede uff de Kopp.“ Bei all diesen Drohungen war der hier- und winselige Bürgermeister so vergnügt, daß man jeden Augenblick glaubte, er würde seinen behäbigen Körper zum Tanzen in Bewegung setzen. Kurzum er benahm sich so kläglich, daß er zum förmlichen Gespötte mancher Anwesenden wurde und wie er als der Letzte die Treppe hinunter war, brach alles in das lang zurückgehaltene Gelächter aus. Lächerlich ist's freilich gewesen, doch traurig insofern, als die Heppenheim'sche Gensd'armie in Gesellschaft ihres betrunkenen Bürgermeisters in die geschlossene Versammlung einer Partei eindringt, um die Versammlung zu lören. Wir erwarteten vom Großherzogl. Kreisamte Heppenheim, daß es die Possen die besten auf das Ungehörige ihres Betragens aufmerksam macht. Freilich werden sie sagen, daß ja auch der Bürgermeister in die Versammlung gedrungen; doch sollen sie wohl bedenken, daß der Bürgermeister dies, in einem unzurechnungsfähigen Zustande gethan, daß alles, was ein beduflerter Bürgermeister thut, nicht Jedermann gut ansteht.

Nachdem die inneren Geschäfte der Versammlung erledigt waren, ergriff Hr. Ehrhart das Wort und forderte die Mitglieder mit Hinweis auf das Gebahren der Polizei auf, um so feiser und treuer zu den Prinzipien der Sozialdemokratie zu halten und soviel es in den Kräften eines Jeden stehe, für die Verbreitung der Partei zu sorgen, dann würde die Zeit gewiß nicht mehr ferne sein, wo solche Scenen nicht mehr vorkommen dürften.

Mit sozial-demokratischem Gruß  
M. . . .

**Stübingen.** In dem in Nr. 88 des „Neuen“ enthaltenen „Agitationsbericht aus dem Schwabenlande“ sollen am Schluß des Artikels, angeblich von Stuttgarter Mitgliedern des Allgem. Deutsch. Arbeitervereins ausgehend, die hiesigen Parteigenossen in der bekannnten Manier des „Neuen“ gegen mich aufgehetzt werden, weil ich mir erlaubt habe, dem Herrn Agitator Hartmann die V-Wirksamkeit der Herren Schweitzer, Hasenclever, Tölke und Genossen vorzuhalten. Für Norddeutschland, wo man diese Herren längst kennt, ist eine Entgegnung überflüssig, für Süddeutschland jedoch, wo ihr Treiben, wenn auch nicht bekannt, so doch bisher immer noch mißlich bewirkt wurde, wird es zur Charakteristik dieser Partei gut sein, wenn ich einen kurzen Leberblick über ihr Treiben folgen lasse. Die Arbeiter Süddeutschlands können sich dann ihr Theil billigen und ihre zufällige Haltung gegenüber diesen Leuten festsetzen.

Eines Tages fanden wir an den Strahmeden Plakate des Allg. Deutschen Arbeitervereins, welche zu einer Volksversammlung einluden. Wir, entschlossen, unter den hiesigen Arbeitern Unentgeltlich nicht aufkommen zu lassen, hielten betrefss unserer Haltung eine Vorversammlung ab und beschlossen, die Leute reden zu lassen, so lange sie sich anständig betragen. Zeitig und vollständig waren wir bei der Hauptversammlung am Blage, so daß die Einberufer der Versammlung schon wissen konnten, wie sie mit uns daran waren. Die Herren verschärften uns, daß sie das Bureau uns überlassen wollten; kann war jedoch die Wahl des Vorsitzenden eingeleitet, so tönte es aus allen Ecken des Saales, Hirsch (ihr Bevollmächtigter), wir waren aber auf der Hut, so daß dieses Räuber nichts nützen konnte. Diese verstellte Ueberumpelung gab den Beweis, daß andere Seiten aufgejogen werden müßten, um uns beizukommen zu können. Die Redner stießen nun wahrhaft über von „Druckelbe und Zusammengehörigkeit aller Arbeiter“ u. s. Wir glaubten an die Aufrichtigkeit dieser Worte in der Meinung, daß diese Leute zuerst Sozialdemokraten und dann Mi-

\*) Die Redaktion bekennt sich zur Verfälschung des gedachten Süddeutschland-Artikels.

